

Große Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Verbraucheraufklärung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind von der Bundesregierung bisher getroffen worden, um entsprechend den Ankündigungen der Regierungserklärung vom 9. Oktober 1962 „die Einflußmöglichkeiten der Verbraucher auf die Preise und das Marktgeschehen zu verbessern“?

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um ihr in dieser Regierungserklärung abgegebenes Versprechen zu erfüllen, „Verbraucherorganisationen und Verbrauchereinrichtungen zu fördern“ und ein Warentestinstitut zu errichten?

2. Wann ist die Bundesregierung in der Lage, den Bundestag über die Ergebnisse des am 9. Oktober 1962 angekündigten Berichtes des Bundesministers für Justiz zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu informieren?
3. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über eine notwendige Stärkung des Verbraucherbewußtseins, und ist sie bereit, sich für eine ausreichende Aufklärung der Staatsbürger über ihre Aufgaben und ihre Interessen als Verbraucher in der modernen Volkswirtschaft einzusetzen?
4. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß der Verbraucher
 - a) besser als bisher unterrichtet wird über Qualität, Quantität und Preise der angebotenen Waren, insbesondere durch eine Vergrößerung der Anzahl und Verbesserung der augenblicklich vorhandenen Orientierungsmaßstäbe für die Verbraucher, wie Gütezeichen, Marktbericht über Verbraucherpreise, Berichte über Preistendenzen und Einkaufswegweiser,

- b) vor falschen, irreführenden und rein suggestiv wirkenden Anpreisungen geschützt wird,
 - c) beim Abschluß von Teilzahlungsgeschäften vor der Übernahme zu hoher Risiken und vor Übervorteilung bewahrt wird?
5. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem Typenwirrwarr auf dem Konsumgütermarkt entgegenzuwirken und auf diese Weise zu einer Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus beizutragen?
6. Ist die Bundesregierung bereit, in ähnlicher Weise wie die Regierung der Vereinigten Staaten einen Preis- und Verbraucherrat zu berufen, den die Bundesregierung in allen Fragen des Verbraucherschutzes und der Verbraucheraufklärung zu konsultieren hat?

Bonn, den 26. Juni 1963

Ollenhauer und Fraktion